



Kreisvereinigung Göttingen:

Marlies Dornieden (Vorsitzende)
Zum Gelenberg 23
37130 Gleichen
Tel. 0170 400 67 01

Pressemitteilung Nr. 1/2006

Auf Einladung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU (KPV) haben sich die Vorsitzenden der CDU-Stadt- und Gemeindeverbände, die Fraktionsvorsitzenden der CDU in den Räten und im Kreistag sowie die bereits nominierten Bürgermeisterkandidatinnen und –kandidaten der CDU am vergangenen Donnerstag in der Gaststätte „Zum Bahnhof“ in Klein Lengden getroffen, um sich in einer Auftaktveranstaltung auf den Kommunalwahlkampf in diesem Jahr einzustimmen. Im Fokus dieses Treffens stand die Vernetzung der Zusammenarbeit im Kreisverband Göttingen. Darüber hinaus stellte die Vorsitzende des Kreisverbandes der KPV, Marlies Dornieden, das Schulungsangebot für künftige kommunale Mandatsträger vor.

In der sich anschließenden öffentlichen Veranstaltung stattete erstmals der Landtagsabgeordnete und neue Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Ulf Thiele, dem Kreisverband Göttingen einen Besuch ab.

Der aus Leer stammende 34-Jährige ist ausgebildeter Verlagskaufmann und Betriebswirt, verheiratet und Vater zweier Söhne. Schon früh hat die Politik sein Interesse geweckt. So gehört Thiele seit 1987 der Jungen Union sowie seit 1991 der CDU an.

Thiele betonte, dass sein Besuch im Landkreis Göttingen seine fünfte offizielle Veranstaltung als Generalsekretär sei.

In seiner Rede ging er zunächst auf die die Arbeit der Nds. Landesregierung ein. Die im Jahr 2003 vorgefundene desolante Finanzlage im Land Niedersachsen habe die Landesregierung zu drastischen und teilweise unpopulären Sparmaßnahmen gezwungen. Erklärtes Ziel der CDU-Landtagsfraktion sei es aber, ab 2013 keine Nettoneuverschuldung mehr zu haben, um so wirkungsvoll den steigenden Zinslasten von derzeit 2,4 Mrd. Euro pro Jahr entgegenzutreten. Weiterhin zeigte er die Erfolge der durchgreifenden Verwaltungsreform auf. Als Beispiel nannte er die Auflösung der vier Bezirksregierungen in Niedersachsen, die u.a. zu Optimierungen der Verwaltungsabläufe geführt habe und erhebliche Kosteneinsparungen nach sich ziehe. Allerdings würden auch in Zukunft der Aufgabenabbau und die Privatisierung forciert werden müssen. Parallel dazu habe das Land bereits ein Drittel aller Vorschriften abgebaut. Neu zu verabschiedende Gesetze würden generell mit einem „Verfallsdatum“ von fünf Jahren versehen.

Um auch für die Kommunen Verbesserungen zu erreichen, sei die Kommunalverfassung geändert worden. Eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte sei danach für kleinere Kommunen nicht mehr verpflichtend und Bürgermeister würden künftig für acht und nicht nur für fünf Jahre gewählt. Ferner führe eine Umstellung des gemeindlichen Haushaltsrechtes

auf die Doppik zu mehr Transparenz für künftige Finanzentscheidungen. Darüber hinaus prüfen fünf Modellkommunen in Niedersachsen im Rahmen des Modellkommunengesetzes, ob und inwieweit eine Minimierung oder Streichung von Vorschriften, beispielsweise von Vorgaben zur Größe und Beschaffenheit von Kinderspielplätzen, evtl. negative Auswirkungen hätte. Ziel sei es, auch für die Kommunen überflüssige Regelungen aufzuheben.

Während er einer weitergehenden Gebietsreform eine deutliche Absage erteilte, forderte er jedoch im Gegenzug die Prüfung der Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Positiv hob er die Stärkung der Kommunen durch die gesetzliche Festschreibung des Konnexitätsprinzips hervor, durch welches sich das Land verpflichte, bei einer Aufgabenverlagerung auf die unteren Ebenen auch für die Kosten aufzukommen.

Im Hinblick auf die Bundespolitik bescheinigte Thiele der Bundeskanzlerin Angela Merkel einen guten Start und eine hohe Akzeptanz. Durch das Ergebnis der Bundestagswahl im vergangenen Herbst sei die Koalition der beiden großen Volksparteien in den kommenden knapp vier Jahren zum Erfolg verpflichtet.

Für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf fordert Thiele, engagierte Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, die ein Abbild aller Alters- und Berufsgruppen darstellen und auch die Geschlechterverteilung widerspiegeln. Bei der Erstellung der örtlichen Wahlprogramme sei es unumgänglich, verantwortungsvoll gute, zukunftsfähige Konzepte vorzulegen, die den Wünschen der Bevölkerung entsprechen und auch finanzierbar seien. Priorität habe es, dass sich die Menschen in ihren Gemeinden wohl fühlen und sich als Mitgestalter und Partner verstehen. Nur so lasse sich eine gute Wahlbeteiligung erreichen.

Die CDU in Niedersachsen und er als Generalsekretär haben sich zum Ziel erklärt, dass die CDU auch nach dem 10. September 2006 als stärkste politische Kraft in den Räten und Kreistagen in Niedersachsen vertreten ist.